

POLITIK AKTUELL

Ausgabe 01/2008
25.01.2008

Informationen aus Berlin, Dresden
und der Region

Editorial

Liebe Parteifreunde, liebe Mitstreiter, sehr geehrte Damen und Herren!

2008 muss ein Jahr des Erfolgs werden, wir haben noch viel zu tun: Die ersten zwei Jahre der unionsgeführten Bundesregierung waren erfolgreich. Gemeinsam wurde das Land voran gebracht. Wir dürfen jetzt nicht nachlassen. Trotz des Wahlkampfgetöses und mancher nichtakzeptabler Äußerungen des Koalitionspartners bin ich sicher, dass die Große Koalition die vor ihr liegenden zahlreichen wichtigen Vorhaben schultern wird. Genau dies erwarten die Bürgerinnen und Bürger.

Es muss eine Politik für mehr Arbeit, mehr Netto und mehr Sicherheit gemacht werden. Dazu gehört die Reform der Erbschaftsteuer, bei der darauf geachtet werden muss, Unter-

nehmensnachfolgen nicht zu gefährden.

Mit der Reform der Pflegeversicherung wird die die Finanzierung der Sozialen Pflegeversicherung für die kommenden 15 Jahre sichergestellt und zudem wird altersverwirrten Menschen geholfen, die nun erstmals Leistungen aus der Pflegeversicherung beziehen können.

Die Arbeit an der Konsolidierung des Haushalts steht weiterhin ganz oben auf der Agenda. Wir halten an unserem Ziel eines ausgeglichenen Etats spätestens bis 2011 fest, um künftige Generationen nicht übermäßig zu belasten. Gleichzeitig behalten wir auch die Belastungen der heutigen Steuer-

und Beitragszahler im Auge. Um Bürgerinnen und Bürger zu entlasten, werden wir die Lohnnebenkosten weiter senken, wenn die Spielräume dafür da sind.

Mit der Eigenheimrente wird die Möglichkeit gegeben, den Erwerb einer eigenen Immobilie als Mittel der Alterssicherung staatlich fördern zu lassen. Das neue Jahr bringt viele neue Herausforderungen, denen wir uns stellen werden. Die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land haben eine gute Regierung verdient. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion stellt sich dieser Aufgabe.

Ihr und Euer



In dieser Ausgabe:

Kluge Haushaltspolitik wird belohnt	2
Bekämpfung von Jugendkriminalität	2
Die Woche im Bundestag	3
Kreisgebietsreform im Landtag beschlossen	4
Verwaltungsreform zeigt Stärke Sachsens	4
Aktuelles zur Landratsnominierung	6
Aktuelles von der CDU-Stadtratsfraktion	6
Landtag der JU Sachsen und Niederschle-	6
Fusion der Kreisverbände	7
Termine & Impressum	8

Erfolgskurs in Hessen und Niedersachsen fortsetzen

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion steht voll hinter den wahlkämpfenden CDU-Landesverbänden in Hessen und Niedersachsen. Nach jahrelangen rot-grünen Versäumnissen haben Roland Koch und Christian Wulff Hessen und Niedersachsen wieder auf den Weg des Erfolgs zurückgeführt. Das zeigen alle Daten: In beiden Ländern boomt die Wirtschaft, die Arbeitslosigkeit ist ge-

sunken und die Kriminalität zurückgegangen. Die Bürgerinnen und Bürger spüren: Wo die Union regiert, geht es den Menschen besser. Diese Erfolgsgeschichten müssen fortgesetzt werden. Roland Koch und Christian Wulff sind die Garanten dafür, dass es weiter aufwärts geht. Das weiß auch die SPD. Die persönlichen Angriffe auf unsere Ministerpräsidenten in den vergangenen Tagen

und Wochen sind Ausdruck von Verzweiflung und der Einsicht, der Erfolgsbilanz der CDU-geführten Landesregierungen nichts entgegenzusetzen zu können. Ich bin überzeugt: Die Wählerinnen und Wähler wissen genau, wer in den vergangenen Jahren durch entschlossenes Handeln ihre Probleme gelöst hat und wer nur durch weltfremde Rhetorik aufgefallen ist.

Kluge Haushaltspolitik wird belohnt

Wir können einen Doppelerfolg für das Haushaltsjahr 2007 verbuchen: Einen Überschuss im Staatshaushalt und die geringste Neuverschuldung des Bundes seit der Wiedervereinigung. Dies ist ein großer Erfolg der unionsgeführten Koalition, an den noch unter Rot-Grün keiner zu glauben wagte. Durch den Dreiklang aus Konsolidieren, Investieren und Reformieren wurden die Wachstumskräfte in Deutschland weiter gestärkt und Arbeitsplätze gesichert.

Konsequentes Konsolidieren mit dem Ziel des ausgeglichenen Bundeshaushalts 2011 lohnt sich – solides Haushalten schafft Vertrau-

en und sichert die Zukunft unserer Kinder und Kindeskiner. Es ist die richtige Strategie. Mit der tatsächlichen Nettokreditaufnahme des Bundes in 2007 von 14,3 Mrd. Euro ist eine Punktlandung gelungen. Damit hat sich die mit dem Nachtragshaushalt 2007 vorgenommene Absenkung der Neuverschuldung um insgesamt jetzt 5,3 Mrd. Euro gegenüber der ursprünglichen Haushaltsplanung von 19,6 Mrd. Euro erfolgreich bestätigt. Der Bundeshaushalt hat dadurch einen wesentlichen Beitrag geleistet zu dem historischen Ereignis eines Überschusses im Staatshaushalt 2007. Das Steuerplus in 2007 und

das erwartete für 2008 wurde zwar überwiegend zum Abbau der Neuverschuldung genutzt, aber auch für zusätzliche Investitionsmittel in Schwerpunkt- und Zukunftsbereichen (Kinderbetreuung, Straße, Wirtschaft, bedeutsame Kulturgüter).

Auch wurden Bedarfslücken geschlossen, z.B. durch den Zuschuss zur Gesetzlichen Krankenversicherung von 2,5 Mrd. Euro in 2008. Aber wir müssen wachsam und konsequent bleiben, um unser Kernziel der nachhaltigen Haushaltskonsolidierung auch erreichen zu können. Dies ist noch ein hartes Stück Arbeit, denn das Jahr 2008 wird schwieriger – es

ist ein Schlüsseljahr für den Erfolg der Großen Koalition. Hier gilt es Kurs zu halten auch bei stürmischem Wetter, denn die Rahmenbedingungen werden eher ungünstiger. Die Mischung aus hohem Ölpreis, anhaltender Finanzmarktkrise und Wechselkurslasten trüben die Konjunkturaussichten ein. Neue Ausgabenwünsche müssen zurückstecken; Hilfspakete für die Konjunktur sind jetzt nicht das richtige Mittel. Wir müssen vielmehr weiter den Reformweg gehen und alles für mehr Arbeitsplätze und Wachstum in unserem Land tun. Dies sichert unseren Wohlstand und ist zugleich die beste Sozialpolitik.

Bekämpfung von Jugendkriminalität: Besonnen diskutieren, entschlossen handeln

Die schrecklichen Vorfälle in der Münchener U-Bahn sowie andere brutale Übergriffe jugendlicher Gewalttäter gegen friedliche Mitbürger in den vergangenen Wochen haben uns alle aufgeschreckt. CDU und CSU hatten schon lange auf dieses massive Problem hingewiesen und Lösungen vorgeschlagen.

Bisher sind alle Vorschläge von der SPD blockiert worden. So ist eine von den unionsregierten Ländern bereits 2003 eingebrachte Bundesratsinitiative am Widerstand der SPD gescheitert. Auch heute reden die Sozialdemokraten dieses Problem klein. Wer behauptet, die Union habe das Thema Jugendgewalt zu Wahlkampfzwecken erfunden, nimmt die berechtigten Sorgen der Bevölkerung nicht ernst. Es ist unerträglich und einer demokratischen Kultur unangemessen, wenn jeder Politiker, der die Augen nicht vor der zunehmenden Jugendkriminalität verschließt, in die Nähe des Rechtsradikalismus gestellt oder sogar offen mit der NPD vergli-

chen wird. Dagegen haben CDU und CSU entschlossen gehandelt und in Wiesbaden und Wildbad Kreuth umfassende Strategiepläne zur Bekämpfung der Jugendkriminalität vorgelegt. Wichtigstes Ziel muss dabei die verbesserte Integration junger Migranten sein. Hierbei sind wir mit dem Integrationsgipfel und dem Nationalen Integrationsplan auf dem richtigen Weg. Daneben kommt aber auch der konsequenten und harten Bestrafung der Täter eine entscheidende Rolle zu.

Die SPD verweigert sich jedoch den notwendigen Veränderungen und hat ein Gespräch über gesetzliche Änderungen grundsätzlich abgelehnt. Wir aber bleiben bei unserer Position und werden auch nach den Wahlen gegenüber der SPD weiter auf entsprechende Änderungen drängen. Nach der Diskussion über die Online-Durchsuchung zeigt sich erneut, dass der Union zu Recht die Kompetenz bei der Inneren Sicherheit zugeschrieben wird.

Dr. Michael Luther: Mehr Sicherheit für Eigenheimbauer

Die unionsgeführte Bundesregierung hat Vorschläge zum besseren Schutz von Kreditnehmern bei einem Verkauf ihrer Darlehensforderung durch ihre Bank oder Sparkasse vorgelegt. In den vergangenen Wochen wurde bekannt, dass einem Eigenheimbauer die Zwangsvollstreckung seines Hauses drohen könnte, wenn der Verkauf seines Finanzierungskredits an einen (meist ausländischen) Finanzinvestor vorgenommen wird. Selbst bei einer zuverlässigen Rückzahlung des Kredits besteht diese Gefahr. Zunehmend verkaufen Banken ihre Kreditforderungen an (ausländische) Finanzinvestoren. Viele dieser Investoren sind nicht an einer langfristigen Kundenbeziehung – wie unseren heimischen Sparkassen – interessiert. Ihr vorrangiges Geschäftsziel ist es häufig, Kredite unter Wert zu kaufen und sie dann kurzfristig zu realisieren. Deshalb haben wir dem Deutschen Bundestag Vorschläge unterbreitet, um mehr Sicherheit und Transparenz für redliche Kreditnehmer zu schaffen. Davon profitieren

Eigenheimbauer ebenso wie mittelständische Unternehmer“, so Michael Luther. Die folgenden entsprechenden Vorschläge werden zur Begrenzung der mit Finanzinvestitionen verbundenen Risiken (sog. Risikobegrenzungsgesetz) derzeit diskutiert. Niemand muss sich ernsthaft Sorgen um sein Eigenheim machen, wir schließen mit dieser Initiative eine Gesetzeslücke:

- Beschränkung der Zwangsvollstreckung aus Grundschulden durch die Erwerber.
- Verpflichtung der Bank/Sparkasse bei Auslaufen der Konditionsbindung entweder zu einem Folgeangebot oder einem Hinweis auf die Nichtverlängerung des Vertrages.
- Pflicht zur vorherigen Anzeige der Abtretung durch die Bank/Sparkasse an den Darlehensnehmer.
- Ausschluss des Kündigungsrechts der Banken/Sparkassen bei Darlehensverträgen, wenn der Kredit weiter ordnungsgemäß bedient wird und nur in der Person des Schuldners oder dem Sicherungsgegenstand Verschlechterungen eingetreten sind.

Mit dem [Jahreswirtschaftsbericht 2008](#), der mit seinem Titel „Kurs halten“ eine klare Richtung angibt, unterrichtete die Bundesregierung das Parlament in dieser Woche über die wirtschaftliche Lage in Deutschland. Die Rekordbeschäftigung und der ausgeglichene Haushalt zeigen, dass sich die Reformen der letzten Jahre auszahlen. Mit über 40 Millionen Erwerbstätigen wurde im Herbst 2007 ein historischer Höchststand erreicht. Die Zahl der Arbeitslosen ging von jahresdurchschnittlich 4,9 Millionen im Jahre 2005 auf unter 3,8 Millionen im vergangenen Jahr zurück.

In zweiter und dritter Lesung wurde das [Gesetz zur Änderung des Bundespolizeigesetzes und anderer Gesetze](#) verabschiedet. Damit wurden die gesetzlichen Voraussetzungen für eine Neuorganisation geschaffen, die die Bundes-

polizei für die vor ihr liegenden Herausforderungen zukunftsfähig aufstellt. Die Organisationsstrukturen werden auf allen Ebenen gestrafft. Statt bisher fünf wird ein Bundespolizeipräsidium eingerichtet. Neue regionale Bundespolizeidirektionen werden an die Stelle der bisherigen Bundespolizeiamter treten. Die Inspektionen werden zu Bundespolizeiinspektionen zusammengefasst. Ein Inkrafttreten des Gesetzes zum 1. Januar 2007 ist am Widerstand des Koalitionspartners gescheitert. Mit der Verabschiedung hat nun die Verunsicherung der über 40.000 Beschäftigten der Bundespolizei, die endlich Klarheit über ihre zukünftige Verwendung haben wollen, ein Ende.

Wesentliches Ziel des in zweiter und dritter Lesung verabschiedeten [Achten Gesetzes zur Änderung des Steuerberatungsgesetzes](#) ist die Liberalisierung des

Berufsrechts der Steuerberater. Es wird an entsprechende Rechtsentwicklungen im Berufsrecht der Rechtsanwälte und Wirtschaftsprüfer angenähert. Mit Einführung des sogenannten Syndikus-Steuerberaters dürfen Steuerberater neben einer selbständigen Tätigkeit zukünftig auch nichtselbständig tätig sein. Die GmbH & Co. KG wird als Rechtsform auch für Steuerberatungsgesellschaften zugelassen. Auch dürfen Steuerberater und Lohnsteuerhilfevereine künftig miteinander eine Bürogemeinschaft bilden. Darüber hinaus wird das Steuerberatungsgesetz an die Richtlinie über die Anerkennung von Berufsqualifikationen (RL 2005/36/EG) angepasst.

Aufgrund der Bevölkerungsentwicklung in den Ländern sowie in einigen Wahlkreisen steht die Einteilung der Wahlkreise für die Wahl zum Deutschen Bundestag

nicht mehr im Einklang mit den Grundsätzen für die Wahlkreiseinteilung. Mit dem in zweiter und dritter Lesung verabschiedeten [18. Gesetz zur Änderung des Bundeswahlgesetzes](#) wurden die Bundestagswahlkreise neu eingeteilt und beschrieben. Entsprechend den Empfehlungen der Wahlkreiskommission verlieren Sachsen und Sachsen-Anhalt einen Wahlkreis. Baden-Württemberg und Niedersachsen erhalten jeweils einen zusätzlichen Wahlkreis. Ziel des ebenfalls in zweiter und dritter Lesung behandelten [Gesetzes zur Änderung des Wahl- und Abgeordnetenrechts](#) ist es, das Wahlrecht wähler- und bewerberfreundlicher zu gestalten, die Wahlrechtsgrundsätze noch besser zu verwirklichen und die Verwaltungsarbeit für die Gemeinden und Wahlorgane zu vereinfachen.

Zahlen, Fakten, Wissenswertes

[Arbeitslosigkeit 2007 so stark gesunken wie noch nie](#): Im vergangenen Jahr ist die Arbeitslosigkeit so stark zurückgegangen wie noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik. Im Jahresschnitt hat sich die Arbeitslosigkeit um 711.000 Personen reduziert. Bundesweit lag die durchschnittliche Zahl der Arbeitslosen damit bei 3,8 Millionen. Experten sagen auch für das laufende Jahr eine Fortsetzung dieses positiven Trends voraus: Sowohl der Chef der Bundesagentur für Arbeit Frank-Jürgen Weise als auch der Wirtschaftsweisen Wolfgang Franz rechnen für 2008 mit einer durchschnittlichen Arbeitslosigkeit von 3,5 Millionen.

[Statistiker sehen Bevölkerungsrückgang](#): Deutschlands Bevölkerung schrumpft weiter. Nach vorläufigen Zahlen sank die

Einwohnerzahl von Ende 2006 bis Ende 2007 um etwa 100.000 Personen auf 82,21 Millionen Einwohner, wie das Statistische Bundesamt am Mittwoch in Wiesbaden mitteilte. Die Zahl der Geburten ist nach bisherigen Schätzungen 2007 im Vergleich zum Vorjahr allerdings etwas gestiegen. Für das Gesamtjahr erwarten die Statistiker eine Zahl von 680.000 bis 690.000 Geburten. Ihnen stehen etwa 820.000 bis 830.000 Sterbefälle gegenüber.

[Deutschland hat erstmals seit 1969 ausgeglichenen Haushalt](#): Erstmals seit 1969 weist Deutschland wieder einen ausgeglichenen Staatshaushalt auf. Das deutsche Staatsdefizit schrumpfte 2007 auf 0,0 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) nach 1,6 Prozent im Vorjahr. Das

teilte das Statistische Bundesamt mit. Dank des Wirtschaftsaufschwungs und sprudelnder Steuereinnahmen erfüllte Deutschland wie auch im Vorjahr das Maastricht-Kriterium, das ein Defizit von drei Prozent des BIP erlaubt. Bund, Länder und Kommunen nahmen im vergangenen Jahr

70 Millionen Euro mehr ein als sie ausgaben. 2006 hatten sie noch einen Fehlbetrag von 36,96 Milliarden Euro. Von 2002 bis 2005 hatte Deutschland das Maastricht-Kriterium überschritten und 2006 erstmals seit fünf Jahren wieder die zulässige Obergrenze eingehalten.



Russischer Karnevalsbaron und sein Aufhänger

Zeichnung: Wiedenroth

Kreisgebietsreform im Landtag beschlossen



Dr. Albrecht Buttolo
Sächsischer Staatsminister des Innern

Nach Verabschiedung des Verwaltungsneuordnungsgesetzes gestern ist am 23. Januar 2008 im Sächsischen Landtag eine Kreisgebietsreform zum 1. August 2008 beschlossen worden. Demnach werden die Kreise im Freistaat Sachsen neu gegliedert. Die derzeit 22 Landkreise werden auf 10, die derzeit 7 kreisfreien Städte auf 3 reduziert. Sachsen stellt sich damit auf die zukünftigen Herausforderungen durch weiteren Bevölkerungsrückgang, sinkende Zuweisungen von Bund und Europäischer Union sowie zunehmenden internationalen Wettbewerb rechtzeitig

sein. Sachsens Staatsminister des Innern Dr. Albrecht Buttolo: „Ich bin froh, dass dieses komplexe Reformwerk nunmehr vom Gesetzgeber verabschiedet worden ist. Mit der umfangreichen Übertragung und Bündelung von Aufgaben auf kreislicher Ebene und Reduzierung von bisher 29 auf 13 leistungsstarke und europaweit konkurrenzfähige kreiskommunale Verwaltungseinheiten tun wir das Notwendige, handeln jedoch angemessen und maßvoll.“

Die Kreisneugliederung ist die Grundlage für die Schaffung von dauerhaft leistungsfähigen und effektiven Verwaltungsstrukturen. Neben Einsetzung einer Expertenkommission waren etwa 580 Verbände und Träger der kommunalen Selbstverwaltung und öffentlicher Belange im Rahmen der Entstehung des Reformwerkes gehört worden. 242 Stellungnahmen der Angehörten und mehr als 400 Bürgerschreiben wurden im Innenministerium ausgewertet. Die neu zu bildenden Landkreise wurden nach einer Viel-

zahl sachgerechter Kriterien abgegrenzt.

Dazu zählen:

- die Einwohnermindestgröße (200.000 Einwohner im Jahre 2020 als Regelmindestgröße für Landkreise und Kreisfreie Städte),
- die Bürger- und Problemnähe (keine Großkreisbildung),
- die Flächengröße (max. 3.000 km²) und gemeindliche Struktur,
- raumordnerische, landesentwicklungspolitische und wirtschafts- und infrastrukturelle Aspekte,
- das System der zentralen Orte,
- Die Zusammenfassung von Landkreisen mit unterschiedlicher Finanz- und Leistungskraft,
- die Verkehrsanbindung, die landschaftliche und topografische Situation,
- kulturelle, historische und religiöse Bindungen und Beziehungen sowie die Berücksichtigung der Stadt - U m l a n d -

Verhältnisse.

Rund 300 Mio. Euro werden als Anschubfinanzierung für die Neugliederung der Kreise und zur Unterstützung der Städte, die den Sitz des Landratsamtes verlieren, bereitgestellt. Mit dem Beschluss der Kreisgebietsreform wird zugleich die zuvor beschlossene Verwaltungsreform zum 1. August 2008 in Kraft treten. Sie sieht u.a. die Reduzierung der Behörden um 42 und die Kommunalisierung von Aufgaben und von mehr als 4100 Stellen vor. (Siehe Pressemitteilung des Innenministeriums vom 22.01.2008)

Das Innenministerium geht nach einer wissenschaftlichen Studie davon aus, dass bei voller Wirksamkeit der Reform jährlich rd. 160 Mio. Euro eingespart werden können.

Pressemitteilung Staatsministerium des Innern vom 23.01.08

Verwaltungsreform zeigt Stärke Sachsens

Zur Verabschiedung der Verwaltungs- und Kreisgebietsreform im Sächsischen Landtag erklärt Ministerpräsident Georg Milbradt:



Prof. Dr. Georg Milbradt
Ministerpräsident

Ich freue mich, dass die Reform im Sächsischen Landtag beschlossen wurde. Heute ist ein wichtiger Tag für Sachsen. Das weitreichende und schwierige Projekt war möglich, weil wir in Sachsen reform-

freundlich sind und weil wir ein gutes Verhältnis zwischen kommunaler Ebene und Landespolitik haben. Für die Zukunft unseres Landes ist es wichtig, Aufgaben dann anzugehen wenn man Sie erkennt und nicht dann wenn man von Problemen eingeholt wird. Dass Sachsen mit der Reform auch Vorreiter ist, zeigt die Stärke unseres Freistaates.

Wir leben in einer Welt des Wandels und immer schnellerer Veränderungen. Politik muss diesen Wandel gestalten und auch bereit sein,

Entscheidungen zu treffen, die über den Tag hinaus weisen. Die Verwaltung hat dabei eine dienende Funktion. Sie soll im Interesse der Bürger zur Entwicklung des Landes beitragen. Die heutige Reform verstehe ich als einen solchen Dienst im Interesse der Bürger unseres Landes.

Ich danke allen, die am Erfolg der Reform mitgewirkt haben, insbesondere Innenminister Albrecht Buttolo, der mit großem Engagement und enormem Geschick die Reform vorangetrieben hat, den Mitgliedern

des Sächsischen Landtages und des Innenausschusses für ihre intensive Arbeit und den Mitgliedern der Regierungskoalition für das Vertrauen in das Reformwerk und auch all Jenen, denen es schwer gefallen ist, die Veränderungen für sich oder ihre Region zu akzeptieren und die trotzdem zu unserem Land stehen. Dass in Sachsen bei allen Kontroversen so wichtige und komplexe politische Reformen möglich sind, sollte uns stolz machen." (Pressemitteilung Sächsische Staatskanzlei vom 23.01.2008)

Aktuelles zur Landratsnominierung: Dr. Christoph Scheurer stellt sich vor

Am 1. März findet der CDU-Nominierungsparteitag für unseren Landratskandidaten im neuen Landkreis Zwickau statt. Sowohl der Landrat des Landkreises Zwickauer Land Christian Otto als auch der Landrat des Landkreises Chemnitzer Land Dr. Christoph Scheurer sind bereit für die CDU zu kandidieren. Wir als CDU werde eine schwierige Entscheidung treffen müssen. Deshalb sollen beide Landräte hier in der Politik Aktuell ihre Beweggründe für Ihre Kandidatur erläutern können. In der November-Ausgabe hatte bereits Landrat Otto das Wort. In dieser Ausgabe richtet sich Landrat Dr. Christoph Scheurer an die Leserinnen und Leser.

Liebe Parteifreundinnen und liebe Parteifreunde,

mit dem Jahr 2008 kommen neue kommunalpolitische Aufgaben auf uns zu. Im Freistaat Sachsen wird eine Verwaltungs- und Kreisgebietsreform umgesetzt, die die Landkreise Zwickauer Land und Chemnitzer Land mit der Stadt Zwickau zu einem neuen Landkreis Zwickau vereinigt und eine ganze Reihe bislang staatlicher Aufgaben diesem neuen Landkreis zuweist.

Das bedeutet für uns, uns innerhalb unserer Partei neu zu finden und zu organisieren. Das heißt aber auch, dass viele Verbände und Organisationen, angefangen vom Deutschen Roten Kreuz bis zum Kreissportbund über neue Strukturen nachzudenken haben. Die Verwaltungen

haben einen zeitlich wie inhaltlich sehr anspruchsvollen Integrationsprozess vorzubereiten und durchzuführen. Dieser Prozess bietet Gelegenheit und Notwendigkeit, eingefahrene Wege, Organisationsformen und Standorte auf den Prüfstand zu stellen. Ein solcher Vorgang birgt Chancen aber auch Risiken.

Für mich überwiegen ganz eindeutig die Chancen, die sich uns bieten. Der neue Landkreis Zwickau ist für die weitere Entwicklung hervorragend aufgestellt. In unserer Region dem traditionellen Industriestandort Sachsens ist in den letzten Jahren wieder eine umfangreiche und leistungsfähige Industrielandschaft entstanden. Die Automobilproduktion mit ihren Zulieferern, Maschinenbau, Elektrotechnik und Logistik, aber auch die traditionell stark vertretene Textilindustrie und die sich entwickelnden Unternehmen auf dem Gebiet regenerierbarer Energien bieten die Grundlage für unseren Anspruch, wirtschaftlich stärkster Landkreis in Sachsen zu werden.

Dazu brauchen wir auch eine am Bedarf unserer Wirtschaft orientierte und auf optimale Chancen unserer Jugendlichen ausgerichtete Bildungspolitik. Dabei will ich mit den hiesigen Hochschulen so eng zusammenarbeiten wie in bewährter Art und Weise mit den Bürgermeistern unseres Landkreises. Aber genauso großen Wert lege ich darauf, dass sich unsere Bürger in ihrer Heimat wohlfühlen. Dazu gehört, dass neben sicherer Arbeit

und Ausbildung auch das Umfeld stimmt. Das Theater Plauen-Zwickau und die Heimat- und Traditionspflege müssen erhalten und unterstützt werden. Die Möglichkeiten der eigenen musischen und sportlichen Betätigung im Verein werde ich nicht nur weiter nach Kräften fördern, sondern auch selbst nutzen.

Ich habe seit 1991 als Landrat - erst im Landkreis Glauchau, dann im Landkreis Chemnitzer Land - den Prozess der Entwicklung unserer Region im eigenen Landkreis und darüber hinaus erst im Rahmen der Initiative "Eine Region formiert sich" und dann als Initiator und Sprecher der "Wirtschaftsregion Chemnitz-Zwickau" begleiten dürfen. Ich konnte aber auch in Leitungsgremien des Sächsischen Landkreistages und des Deutschen Landkreistages die Interessen der Landkreise insgesamt vertreten.

Ich bin bereit, mich als Landrat für die Entwicklung unseres neuen Landkreises Zwickau mit all seinen Städten und Gemeinden stark zu machen und freue mich, Ihre Unterstützung dabei zu gewinnen.

Ihr

Dr. Christoph Scheurer



Dr. Christoph Scheurer
Diplommathematiker
Landrat seit 1991
Alter - 51 Jahre
verheiratet
4 Kinder
ev.-luth.

In der Stadtratssitzung am 31.01.08 soll der städtische Haushalt für das Jahr 2008 beschlossen werden. Derzeit erarbeiten die Vertreter der großen Fraktionen im Stadtrat einen gemeinsamen Änderungsantrag zu verschiedenen Haushaltspositionen der in der nächsten Finanz- und Liegenschaftsausschusssitzung eingebracht werden soll. Mit diesem Antrag sollen zusätzliche Sanierungsvorhaben im Schul- und Kindertagesstättenbereich, aber auch im Bereich Sport und Soziales in Angriff genommen werden. So soll es z.B. für Kinder, die in einer Hartz IV - Bedarfsgemeinschaft leben, zukünftig auch einen Zuschuss zum Mittagessen geben, der direkt an die jeweilige Kindertagesstätte oder Schule auf Antrag ausgezahlt werden soll. Im Bereich der städtischen Investitionen steht in 2008 eine Summe von rund 33 Mio. Euro zur

Verfügung, so viel wie seit Jahren nicht und vermutlich sobald nicht wieder. Zwei Sonderfaktoren bescheren uns das Geld für das umfangreiche Investitionsgeschehen, die Anschubfinanzierung für die Verwaltungs- und Kreisreform und die hohen Einnahmen durch den GGZ-Wohnungsverkauf. Neben den zügig fortschreitenden Maßnahmen B 93 - Lückenschluss und Schloss Osterstein steht auch die Sanierung des Rathauses mit einem angrenzenden Funktionsneubau sowie die Sanierung des Komplexes „Goldener-Anker/ Dünnebierhaus“ auf dem Programm. Aber auch in weite Ferne gerückte Projekte sollen in Kürze einer Realisierung zugeführt werden; der Ausbau des Kornhauses zur Stadtbibliothek, der Bau eines neuen Stadtarchivs und der Neubau einer bedarfsgerechten Schwimmhalle im Sanie-

rungsgebiet Schedewitz.

Zudem sollen noch im Jahr 2008 Grundsatzbeschlüsse zum Ausbau des Flugplatzes und zum Bau eines neuen Stadions gefasst werden. Erstmals seit vielen Jahren sind im Haushalt auch wieder Mittel zum Ankauf von Grundstücken zur Entwicklung von Industrie- und Gewerbeflächen enthalten. Damit soll ermöglicht werden, einem Investor, der sich für den Wirtschaftsstandort Zwickau interessiert und der eine größere Investition tätigen will, umgehend einen geeigneten Standort anbieten zu können.

Bei bisherigen Anfragen großer Investoren war das schnelle zur Verfügung stellen einer geeigneten Fläche stets ein Problem, dem zukünftig abgeholfen werden soll, um im Wettbewerb der Standorte noch erfolgreicher zu sein. Ne-

ben dieser Vielzahl von positiven Entwicklungen bleibt noch viel zu tun. Die Schulsanierungen kommen trotz eingestellter Haushaltsmittel wegen bürokratischen Hürden oftmals nur langsam voran, das Straßennetz wird an vielen Stellen nur notdürftig instand gehalten, neue Investitionen in verkehrsentlastende innerstädtische Tangenten stehen bisher leider nur auf dem Wunschzettel.

Fest steht, es wurde in den vergangenen Jahren in Zwickau viel erreicht, worauf wir zu Recht stolz sein können. Besucher unserer Stadt bemerken das stets anerkennend. Wie das unsere Bürger selbst sehen, werden wir bei den anstehenden Wahlen in 2008 feststellen dürfen.

Gerald Otto – Fraktionsgeschäftsführer

Landestag der Jungen Union Sachsen und Niederschlesien

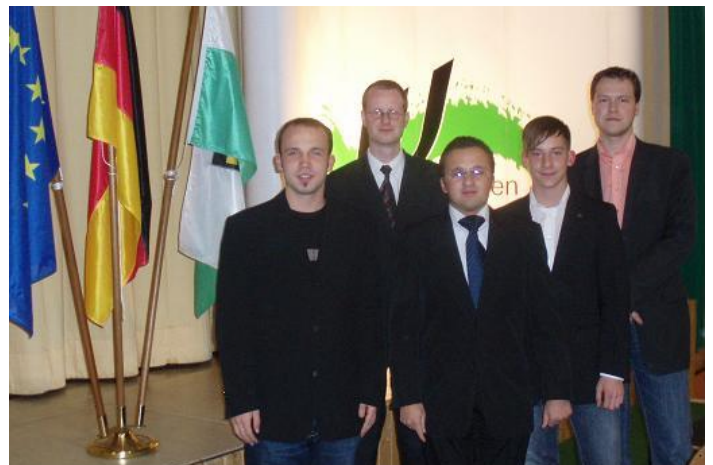
Die Junge Union Sachsen und Niederschlesien hat sich auf ihrem Landestag in Burkhardtsdorf/Landkreis Stollberg am 17. November gegen ein generelles Tempolimit auf deutschen Autobahnen ausgesprochen. Außerdem forderten die Delegierten ein Überholverbot für LKW auf zweispurigen Autobahnen in Sachsen.

„Die Junge Union hat deutlich gemacht, dass für sie nach wie vor der Slogan ‚Freie Fahrt für freie Bürger‘ Gültigkeit besitzt. Die von der SPD vorgeschobene Debatte um Tempo 130 halten wir für einen weiteren ideologischen Versuch, die Bürger zu bevormunden. Die Unfallzahlen und

die kaum messbare Schadstoffminderung sprechen eine deutliche Sprache“, begründet der JU-Landesvorsitzende Christian Piwarz den Beschluss.

Die Vertreter aus 26 Kreisverbänden verabschiedeten zudem eine neue Satzung und legten mit dem Positionspapier „Wir: die Junge Union in Sachsen“ einen Grundstein für die weitere Diskussion zum kommenden Wahlprogramm.

Als Gäste begrüßte die Junge Union die Staatsminister Dr. Albrecht Buttolo und Prof. Dr. Roland Wöller. Roland Wöller wurde feierlich aus den Reihen der Jungen Union verabschiedet.



Unsere Delegierten:
Christian Landrock, Thomas Starke, Carsten Körber, Wolfgang Hilbig, Jan Löffler, (v.l.n.r.)

Aktueller Sachstand der Vorbereitungen zur Fusion des CDU-Kreisverbandes Zwickau-Werdau und des Kreisverbandes Chemnitzer Land

ZWICKAU AKTUELL
DIE CDU VOR ORT



Dr. Michael Luther

Im Zuge der in Sachsen anstehenden Verwaltungs- und Funktionalreform wird zum 1. August 2008 die Anzahl der Landkreise von derzeit 22 auf zehn verringert. Auch von derzeit sieben kreisfreien Städten bleiben nur noch drei kreisfrei. Diese notwendige Neuordnung der Verwaltungsgebiete hat auch auf unsere Region direkte Auswirkungen. Zwickau wird zum 1. August 2008 seine Kreisfreiheit verlieren und wird somit eine kreisangehörige Kommune. Zwickau wird dann Kreisstadt des neuen Landkreises Zwickau. Das heißt, Zwickau wird Kreisstadt und damit Sitz des größten Teils der Landkreisverwaltung sowie Dienstsitz des Landrates.

Der neue Landkreis Zwickau besteht dann aus der jetzigen kreisfreien Stadt Zwickau, dem Landkreis Zwickauer Land und dem

Landkreis Chemnitzer Land. Dieser neue Landkreis ist mit über 350.000 Einwohnern der dann zweitgrößte Landkreis in Sachsen sowie der bald wirtschaftlich stärkste Landkreis im Freistaat.

Für eine effektive Parteiarbeit ist es deshalb unerlässlich, dass auch die CDU ihre Kreisverbandsstrukturen den neuen Landkreisstrukturen anpasst. Viele CDU-Kreisverbände haben diesen Wandel bereits vollzogen, andere wiederum sind noch mittendrin. Auch unser Kreisverband wird mit dem CDU-Kreisverband Chemnitzer Land fusionieren und dann den neuen CDU-Kreisverband Zwickau bilden. Für diese Fusion laufen derzeit die Vorbereitungen in beiden Kreisverbänden.

Die erste Zusammenkunft beider Kreisverbände wird am 1. März erfolgen. An diesem Tag findet die Nominierung des Landratskandidaten sowie die Abstimmung über die Listen der Kandidaten zur Kreistagswahl statt. Am 8. Juni werden die Bürger dann für die Landrats- und Kreistagswahlen an die Urnen gerufen.

Die Fusion beider Kreisverbände soll nach derzeitigem Planungsstand am 12. April stattfinden. Auf die-

sem Fusionsparteitag wird ein neuer Kreisvorstand gewählt und das CDU-Wahlprogramm für die Kreistagswahlen vorgestellt.

Zur Erarbeitung eines Wahlprogramms wurden bereits im vergangenen Jahr neun Arbeitsgruppen gebildet, die zu den jeweiligen Politikbereichen eine Zuarbeit lieferten. Jede Arbeitsgruppe bestand aus sechs Mitgliedern: zwei aus der Stadt Zwickau, zwei aus dem Landkreis Zwickauer Land und zwei aus dem Landkreis Chemnitzer Land. Um aus diesen Vorarbeiten ein Wahlprogramm zu machen, wurde von den beiden Kreisvorständen ein Redaktionsteam gebildet. Für die Koordination der Arbeit des Redaktionsteams sind für den KV Chemnitzer Land, Thomas Schneider, und für den KV Zwickau-Werdau, Carsten Körber, verantwortlich. Die Mitglieder des Redaktionsteams für den KV Chemnitzer Land sind zudem: Marco Wanderwitz MdB und Ines Springer; der KV Zwickau-Werdau ist durch den Kreisvorsitzenden Dr. Michael Luther MdB, Kerstin Nicolaus MdL, Thomas Pietzsch MdL und Frank Seidel vertreten. Das Ergebnis wird am 12. April den Mitgliedern vorgestellt.

Mit der Wahl eines Kreisvorstandes für den neuen

CDU-KV Zwickau steht ein weiterer wichtiger Punkt auf der Tagesordnung. In gemeinsamen Sitzungen der beiden Kreisvorstände wurde bereits im vergangenen Jahr eine klare Entscheidung getroffen: der KV der den Landrat stellt, stellt nicht der Kreisvorsitzenden. Inzwischen hat sich der Kreisvorstand des Chemnitzer Landes für Landrat Dr. Scheurer ausgesprochen. Auch der Kreisvorstand des KV Zwickau-Werdau sprach sich in einer Abstimmung mehrheitlich für Dr. Scheurer als Landrat des neuen Kreises Zwickau aus. Folglich soll der Kreisvorsitzende aus dem KV Zwickau-Werdau kommen. Dr. Michael Luther – der derzeit einzige Kandidat – wird sich für das Amt des Kreisvorsitzenden bewerben.

Um einen guten Start im neuen Kreisverband Zwickau zu haben, ist es nötig, dass die zu vergebende Verantwortung zwischen den beiden alten Kreisverbänden gerecht verteilt wird. Durch die eben erläuterte Lösung wird dieses Ziel erreicht und einem guten Start des CDU Kreisverbandes Zwickau in die anstehenden beiden Wahljahre steht nichts mehr im Wege.

Frau Zimmermann (Die Linke.) auf Abwegen

Die Zwickauer Bundestagsabgeordnete Sabine Zimmermann (Die Linke.) befindet sich offenbar nicht nur politisch auf Abwegen. In ihrer Funktion als DGB-Regionsvorsitzende lud sie am 17. Januar die Landräte und Oberbürgermeister der Region zu einem „Antinazigipfel“ ein.

Dieses Vorhaben an sich ist nicht kritikwürdig. Das brisante aber daran: Frau Zimmermann lud besagte Teilnehmer nach Zwickau in ihren Wahlkreis ein, während in Berlin der Deutsche Bundestag tagte. Während also die anderen beiden Zwickauer Bundestagsabgeordneten in Berlin ihrer

Arbeit nachgingen, präsentierte sich Frau Zimmermann in der Region und vor allem in den Medien.

Da drängt sich schon die Frage auf, wie ernst Frau Zimmermann ihre Aufgabe als Bundestagsabgeordnete nimmt und wie sie mit dem Vertrauen umgeht,

welches ihre Wähler in sie gesetzt haben?

Offenbar ist ihr die Medienpräsenz im Wahlkreis wichtiger als ihre Arbeit in Berlin. Aber ihre Genossen haben dafür bestimmt Verständnis. Schöne Linke Welt!

CDU KV Zwickau-Werdau

Kreisgeschäftsstelle
Hauptstraße 28/30
08056 Zwickau

Telefon: 0375-282710
Fax: 0375-294567
E-Mail: CDU-Zwickau@arcor.de

Liebe Leserinnen und Leser der Politik Aktuell,

das neue Jahr ist noch sehr jung und daher möchten wir die Gelegenheit nutzen, und wünschen Ihnen im Namen von Herrn Dr. Luther, der CDU-Kreisgeschäftsstelle sowie der gesamten Redaktion der Politik Aktuell ein gesundes und erfolgreiches neues Jahr. Wir freuen uns sehr, Ihnen auch 2008 aktuelle Informationen aus Berlin, Dresden und der Region anbieten zu können.

Um Sie zukünftig noch ausführlicher auch mit Informationen aus den durch die Kreisgebietsreform hinzugewonnenen Ortsverbänden informieren zu können, haben wir die Rubriken „Die Woche im Bundestag“ sowie „Daten, Fakten Wissenswertes“ leicht gekürzt und auf einer Seite zusammengefasst. Für Fragen, Kritik und Anregungen stehen wir Ihnen weiterhin gern zur Verfügung. Die Redaktion der Politik Aktuell erreichen Sie über die im Impressum vermerkten Kontaktadressen.

Ihre freundliche Redaktion der Politik Aktuell

Termine Januar / Februar 2008

28.01.08	3. InternetNight der Sächsischen Union Ort: Dresden, Flughafen Zeit: 17.00 Uhr (Einlass)	07.02.08	Bürgersprechstunde von Dr. Michael Luther im Wahlkreisbüro Ort: Hauptstr. 28 in Zwickau Zeit: 15.30 bis 17.30 Uhr
06.02.08	Politischer Aschermittwoch im CDU Ortsverband Neukirchen; Gast: Generalsekretär Michael Kretschmer Ort: Hotel & Restaurant „Zum Anger“ Pleißen-Anger 2, Neukirchen/Pleiße Zeit: 19.00 Uhr	07.02.08	Die JU Zwickau/Zwickauer Land lädt ein zu einem Vortrag des Konsuls für öffentliche Angelegenheiten im US-Generalkonsulat Leipzig, Marc L. Wenig. Er spricht zur Außenpolitik der USA seit dem 11. September 2001. Ort: „Alter Gasometer“, Kleine Biergasse 3, Zwickau Zeit: 19.00 Uhr

Impressum

POLITIK AKTUELL ist ein Informationsbrief von Dr. Michael Luther (V.i.S.d.P.).

Er ist Mitglied des Deutschen Bundestages und Vorsitzender des CDU-Kreisverbandes Zwickau-Werdau.

Haben Sie Fragen und Anregungen? Zögern Sie nicht, mit Dr. Luther in Kontakt zu treten! Er freut sich auf Ihre E-Mail unter michael.luther@bundestag.de.

Dr. Michael Luther erreichen Sie...

... im Wahlkreis: Hauptstraße 28
08056 Zwickau
Tel.: (0375) 29 17 79
Fax: (0375) 29 45 67
E-Mail: michael.luther@wk.bundestag.de

... in Berlin: Paul-Löbe-Haus, Raum 6.345
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: (030) 227 – 7 70 92
Fax: (030) 227 – 7 61 16
E-Mail: michael.luther@bundestag.de

CDU im Netz

www.michael-luther.de

www.cdu-zwickau-werdau.de